

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Heidi Lippmann, Roland Claus
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7313, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Folgende Ansätze sind zu erhöhen:

1. Kapitel 14 03 Titel 423 01 – Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie Ausbildungsgeld für Anwärter der Sanitätsoffizierslaufbahn – ist um 18 500 000 Euro auf 5 609 577 000 Euro zu erhöhen.
2. Kapitel 14 04 Titel 422 01 „Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Richterinnen, Richter, Professorinnen, Professoren, Beamtinnen und Beamten“ ist um 20 000 000 Euro auf 875 227 000 Euro zu erhöhen.
3. Kapitel 14 04 Titel 422 02 „Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte“ ist um 1 000 000 Euro auf 55 735 000 Euro zu erhöhen.
4. Kapitel 14 04 Titel 422 03 „Anwärterbezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst“ ist um 1 000 000 Euro auf 15 300 000 Euro zu erhöhen.
5. Kapitel 14 04 Titel 425 01 „Vergütung der Angestellten“ ist um 39 000 000 Euro auf 1 353 828 000 Euro zu erhöhen.
6. Kapitel 14 04 Titel 426 01 „Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter“ ist um 61 000 000 Euro auf 2 024 005 000 Euro zu erhöhen.

Berlin, den 26. November 2001

**Dr. Uwe-Jens Rössel
Heidi Lippmann
Roland Claus und Fraktion**

Begründung

Die finanzielle Gleichstellung der Zeit- und Berufssoldaten der Bundeswehr sowie der bei der Bundeswehr tätigen Zivilbeschäftigten aus den alten und neuen Bundesländern ist überfällig.